

25.06.2026 | Minderheiten

## Anne Riecke: MIA-Jahresbericht 2025 zeigt Handlungsbedarf bei Verwaltung und Bildung

Zur Vorstellung des Jahresberichts 2025 der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Schleswig-Holstein erklärt die minderheitenpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Sinti und Roma gehören seit Jahrhunderten zu Schleswig-Holstein und Deutschland. Sie sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft, mussten in der Vergangenheit aber leidvolle und existenzbedrohende Erfahrungen machen, die das Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft erschüttert haben. Deshalb geht es beim Schutz vor Antiziganismus nicht nur um die Reaktion auf einzelne Vorfälle, sondern um den zwingend notwendigen Respekt und gleiche Chancen im Alltag. Gleichermaßen ist die bewusste Auseinandersetzung mit antiziganistischen Vorfällen auch eine vertrauensbildende Maßnahme.

Aus dem vorgestellten Jahresbericht von MIA Schleswig-Holstein ergeben sich wichtige Hinweise für das Handeln von Politik, Verwaltung und der Gesellschaft im Ganzen. Im Jahr 2025 wurden 83 antiziganistische Vorfälle dokumentiert. Im Vorjahr waren es 66. Der Anstieg zeigt, dass Sinti und Roma weiterhin mit Vorurteilen, Ausgrenzung und Benachteiligung konfrontiert werden. Zugleich ist von einem Dunkelfeld auszugehen, da viele Vorfälle nicht gemeldet oder nicht als antiziganistisch erkannt werden. Aus der Meldestatistik müssen konkrete Verbesserungen im Alltag von Sinti und Roma folgen.

Besonders ernst nehmen müssen wir die Meldungen zur Diskriminierung im Bildungsbereich, bei Behördenkontakten und beim Zugang zu Wohnraum. Wenn ein erheblicher Teil der gemeldeten Vorfälle Personen in offizieller Funktion zugeordnet wird, etwa Sachbearbeitenden oder Lehrkräften, reicht ein allgemeines Bekenntnis gegen Diskriminierung nicht aus.

Die Landesregierung muss Prävention, Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung noch verbindlicher machen. Die Lebenslagen von Sinti und Roma sowie Kenntnisse über nationale Minderheiten müssen in Verwaltungsausbildung, Fortbildung und Schule dauerhaft verankert werden. Das Pflichtmodul zur Information über nationale Minderheiten im Rahmen der Verwaltungsausbildung und die angeregte IQSH-Handreichung sind richtige Ansätze, die in der Breite wirken müssen.

Gerade weil MIA SH erst seit 2024 arbeitet, braucht die Meldestelle zudem verlässliche Perspektiven. Die Landesregierung muss sich im Bund für Planungssicherheit einsetzen und frühzeitig klären, wie die Arbeit der Meldestelle langfristig abgesichert werden kann. Karin Priens geplantes Vorgehen bei ‚Demokratie leben‘ darf am Ende nicht diejenigen treffen, die Vertrauen aufbauen, Diskriminierung sichtbar machen und demokratische Strukturen vor Ort stärken.“



### **Anne Riecke**

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,  
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

#### **Kontakt:**

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.  
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

[fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de)

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: [www.fdp-fraktion-sh.de](http://www.fdp-fraktion-sh.de)